

**Diskussionspapier**

**„E-Government – Bedeutung für die Kommunalpolitik“**

**Beschluss des Vorstandes der Bundes-SGK  
vom 31. Januar 2003**

## I. E-Government ist ein Instrument

*„Die Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien wird dazu genutzt, um einerseits den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern und deren Information zu verbessern. Andererseits erlauben sie veränderte Organisationsstrukturen in der Verwaltung und zwischen den verschiedenen Verwaltungsstellen sowie mit den Vertretungskörperschaften, um so Entscheidungen zu beschleunigen und Abstimmungsprozesse zu vereinfachen. Entsprechend werden wir uns dafür einsetzen, dass alle Bürgerinnen und Bürger auch die Möglichkeit des Zugangs zu diesen neuen Medien erhalten.“ (Kommunalpolitische Leitsätze der SPD, Beschluss des SPD-Bundesparteitages in Nürnberg vom 21. November 2001)*

Die technologisch getriebene Transformation hin zu einer globalen Informations- und Wissensgesellschaft erfasst alle Bereiche unserer Gesellschaft. Bürgerinnen und Bürger erfahren durch die Verfügbarkeit moderner Informations- und Kommunikationstechnologien und einem breiten, rasant wachsenden Angebot von Informationen über das Internet eine Veränderung ihrer Informations- und Interaktionsgewohnheiten und –bedarfe. Diese Entwicklung hat auch die Kommunalpolitik erfasst. Es besteht die Erwartung, dass auch Politik und Verwaltung auf kommunaler Ebene mit elektronischen Dienstleistungen, umfassenden Informationsangeboten und Möglichkeiten der Teilnahme an politischen Prozessen zur Verfügung stehen.

Die zunehmende Entwicklung von Informationsangeboten, Vernetzungen und neuen Formen der elektronischen Kommunikation (E-Government) durch die Kommunen ist kein Selbstzweck. E-Government muss als Instrument begriffen werden, Lokale Demokratie zu stärken, die Bürgerkommune zu entwickeln und den Prozess der Verwaltungsmodernisierung zu unterstützen.

## II. Wofür können wir E-Government nutzen?

### 1. Verbesserung der Dienstleistungen der Kommunen für ihre Kunden - Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft

Umfragen haben ergeben, dass Angebote der öffentlichen Verwaltung an einer der ersten Stellen auf der Online-Wunschliste der Bürgerinnen und Bürger stehen. Nach einer ersten Welle einfacher Informationsangebote von Kommunen im Web werden jetzt verstärkt umfassende Angebote zur Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten erwartet. Je umfangreicher die öffentlichen Internetangebote werden und je feiner Inhalte und Kompetenzen differenziert sind, desto notwendiger wird der Aspekt einer einfachen und systematischen Erschließung der Inhalte für die Nutzerin und den Nutzer. Die Angebote der Kommunen, Verwaltungsangelegenheiten auch über das Internet abwickeln zu können, werden auf absehbare Zeit zusätzliche Angebote sein. Internetangebote der Kommunen können aber, genauso wie Bürgerämter als „Front-Offices“, einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Service aus einer Hand und einen schnelleren und zielgenaueren Zugang für Bürgerinnen und Bürgern zu Verwaltungsvorgängen und –informationen bieten.

### 2. Unterstützung des Prozesses der Verwaltungsmodernisierung

Das primäre Ziel der Verwaltungsmodernisierung liegt in der Verbesserung des Dienstleistungsangebotes für ihre Kunden. Der Einsatz elektronischer Medien bietet für die Verwaltungen zahlreiche Möglichkeiten, ihre Informationsverarbeitungskapazität zu erhöhen und die Verfügbarkeit von Daten zu verbessern. Hierdurch lassen sich die eigenen Produkte verbessern, Ablaufprozesse optimieren, Aufwendungen verringern und Kommunikationsprozesse beschleunigen. Diese Vorteile gilt es zu nutzen.

Um den Nutzen für Bürgerinnen und Bürger zu optimieren, ist eine gemeinsame Strategie von Verwaltung und Kommunalpolitik erforderlich. Die Kommunalpolitik muss, wie auch in anderen maß-

geblichen Bereichen der Daseinsvorsorge, Ziele definieren, wie E-Government in allen seinen Facetten in den Kommunen eingeführt bzw. weiterentwickelt werden soll.

Für die Verwaltungsmodernisierung ist die Einführung neuer Informationstechnologien oft noch mit einem anderem Aspekt verbunden. Die Einführung der elektronischen Medien verändert die Arbeitsabläufe und hat zum Teil erhebliche Rückwirkungen auf die Frage der inneren Arbeitsorganisation. Insofern wird sie oftmals zum Vehikel für das Aufbrechen hergebrachter Arbeitsstrukturen. Wegen dieser Veränderungen in der Arbeitsorganisation und den Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss dem Aspekt der Qualifikation besonders Rechnung getragen werden. Alle Erfahrungen zeigen, dass der Erfolg der Umsetzung von Schritten der Verwaltungsmodernisierung, wie die Einführung von E-Government, in hohem Maße von einer rechtzeitigen Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und deren Qualifizierung beruht.

### **3. Verbesserung der Informationen der Verwaltung für den Rat**

*„Rat und Verwaltung müssen ihr Verhältnis neu gestalten. Die dezentralen Kompetenzen der Verwaltung bei der Durchführung und Umsetzung der von der Politik vorgegebenen Aufgaben und Ziele müssen ausgebaut werden. Den ehrenamtlichen Ratsmitgliedern muss durch Informationen und Weiterbildungsangebote eine bessere Aufgabenerfüllung ermöglicht werden.“*

*Innerhalb der Verwaltung bedarf es eines umfassenden Kontroll- und Berichtswesens, damit Verwaltungsspitzen und Vertretungskörperschaften die notwendigen Informationen für sachgerechte und abgewogene Entscheidungen erhalten.“ (Kommunalpolitische Leitsätze der SPD, Beschluss des SPD-Bundesparteitages in Nürnberg vom 21. November 2001)*

Die mit dem Prozess der Modernisierung der Verwaltungen angestrebte Veränderung des Verhältnisses von Rat und Verwaltungen kann durch die Anwendung der elektronischen Informationstechnologien unterstützt werden. Hierbei gilt es, das kommunale Berichtswesen einschließlich der kommunalen Unternehmen, qualitativ auf die Informationsbedürfnisse der Entscheider abzustellen. Allein die Verfügbarkeit eines elektronischen Ratsinformationssystems löst jedoch die grundsätzlichen Probleme der Verarbeitung von Informationen nicht. Weder ein auf ein elektronisches Daten- und Informationssystem gestütztes Berichtswesen der Verwaltung noch der beliebige Zugriff auf ausgewählte Informationen innerhalb der Verwaltung können notwendige Prozesse der Effektivierung der Rats- und Fraktionsarbeit ersetzen. Ohne die Qualifizierung der Ratsmitglieder für eine effektive Informationsverarbeitung, Kommunikation und Zusammenarbeit werden sich die Steuerungskompetenzen der Fraktionen nicht erhöhen.

Innerhalb dieses umfassenderen Prozesses gilt es, den Aspekt der Entwicklung von Medienkompetenz zu beachten. Denn durch die technischen Möglichkeiten entwickelt sich eine neue Generation von Kommunalpolitikerinnen und -politiker. Wer die Medien beherrscht, kann sich jederzeit und an jedem Ort mit den aktuellen Themen befassen und erhält so auch ansonsten schwer zugängliche Informationen. Medienkompetenz wird zu einer Schlüsselkompetenz. Das muss nicht immer bedeuten, das jeder alles können muss. Vielmehr geht es um effektive Zusammenarbeit und Teamentwicklung.

### **4. Verbesserung der Informationen von Verwaltung und Kommunalpolitik für Bürgerinnen und Bürger – auf dem Weg zu E-democracy?**

Die Veröffentlichung von Planungs- und Diskussionsprozessen aus Programmen, Non-Papers, Protokollen, Kommentaren machen politische Entscheidungsprozesse transparent und können helfen, Sachentscheidungen verstehbar zu machen. Im optimalen Falle führt das zu mehr Akzeptanz von Politik. Wenn die Informationen jedoch unsystematisch verfügbar gemacht werden, nutzen sie niemandem. Daher kann weniger mehr sein, wenn es systematisch aufbereitet und komfortabel erschließbar ist.

Unter elektronischer Mitwirkung verstehen wir die umfassende fachliche und öffentliche Diskussion zu Sachfragen und die Möglichkeit, weitgehende Einblicke in offizielle Unterlagen, Datenbestände und Dokumente nehmen zu können. Die Meinung des einzelnen ist erwünscht und wird in Entscheidungsprozessen mit einbezogen.

Einige gute Beispiele im In- und Ausland zeigen, wie elektronische Partizipation umgesetzt wird. Ebenso wie in der Verwaltungsreformdebatte heißt es hier: Lernen aus dem interkommunalen Erfahrungsaustausch! Während elektronische Verwaltung mittlerweile ein bevorzugtes Aktionsfeld geworden ist und durch die übermäßige Fülle und Vielfalt eine Orientierung an Beispielen oder Vorbildern erschwert ist, stellt sich die Situation bei der elektronischen Partizipation ganz anders dar: Die eher wenigen Praxisbeispiele sind meistens nur rudimentär ausgearbeitet und müssen weiterentwickelt werden. Es reicht also nicht aus, auf andere zu warten und von denen abzugucken, sondern hier ist Eigeninitiative gefragt. Hier brauchen wir neue Ideen und den Mut sie auszuprobieren.

In Anbetracht der unterschiedlichen Voraussetzungen des Zugangs zu den mit der Einführung von elektronischen Medien verbundenen erweiterten Informationsangeboten und Mitwirkungsmöglichkeiten, können diese nur eine Ergänzung zu anderen Formen der Bürgermitwirkung darstellen. Das Internet für plebiszitäre Entscheidungen zu nutzen, ist aus Sicht der Bundes-SGK kein sinnvoller Weg zu mehr lokaler Demokratie. Entscheidend bleibt, die repräsentative Struktur zu stärken und besser mit den Interessen und Wünschen aller Bevölkerungsgruppen zu vernetzen. Dieses geschieht durch unterschiedlichste Kommunikationswege. Das Internet und der elektronische Daten- und Informationsaustausch stellen hier nur einen Weg unter anderen dar. Der Begriff der E-democracy verspricht insofern zuviel. Demokratie und insbesondere die lokale Demokratie werden auch künftig durch andere direkte Formen der Kommunikation geprägt sein.

### **III. Medienkompetenz**

Die Entwicklung von E-Government ist in hohem Maße von der Entwicklung von Medienkompetenz abhängig. Medienkompetenz umfasst dabei nicht nur die Fähigkeit, elektronische Medien bedienen zu können. Neben dieser Qualifikation ist die Kompetenz entscheidend, die durch den Einsatz elektronischer Medien gewonnenen neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten so innerhalb von Arbeitsprozessen der Verwaltung, der Fraktionsarbeit, in der Frage der Bürgermitwirkung einzusetzen, dass sie tatsächlich einen Beitrag zur Verbesserung der Kommunikation und damit der Qualität der lokalen Demokratie beitragen.

Daraus erwächst der Auftrag an die Kommunalpolitik, die Qualifizierungsfrage sowohl für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, als auch für die haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politiker durch entsprechende Maßnahmen zu beantworten.

Darüber hinaus reicht der politische Auftrag an die Bildungspolitik, den Zugang zu elektronischen Medien und die Entwicklung von Medienkompetenz auch für jene zugänglich zu machen, die diese Möglichkeiten nicht von zuhause her schon mitbekommen. Die Vermittlung von Medienkompetenz sollte daher ein wichtiger Baustein im Bildungs- und Weiterbildungsangebot der Kommunen werden.